

Antrag
der Fraktion der SPD

**Sofortmaßnahmen zur Durchsetzung friedlicher Verhandlungslösungen
im ehemaligen Jugoslawien**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Friedensbemühungen der Ko-Vorsitzenden des Lenkungsausschusses der Internationalen Konferenz über das ehemalige Jugoslawien, Cyrus Vance und Lord Owen, und das den Konfliktparteien vorgelegte Lösungspaket zur Beendigung des Krieges in Bosnien-Herzegowina.

Der Deutsche Bundestag appelliert nachdrücklich an alle Verhandlungspartner, diese Lösungsvorschläge umgehend zu akzeptieren und durchzusetzen. Sollte die zügige Umsetzung scheitern oder weiter verzögert werden, ist die Bundesregierung aufgefordert, auf die vollständige Schließung jeglichen Transitverkehrs auf dem Landweg und auf der Donau als weitere Schritte zur lückenlosen Durchsetzung des Embargos zu drängen. Alle Konfliktparteien, die sich dem Friedensabkommen widersetzen, sind mit Sanktionen zu belegen.

2. Gemäß der Forderung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen ist die Blauhelmpräsenz in Bosnien-Herzegowina um 10 000 Soldaten zu erhöhen. Sämtliche Lager in Bosnien-Herzegowina sollen durch die VN übernommen und durch internationale Hilfseinrichtungen betreut werden. Eine Ausweitung der Schutzzonen der UNPROFOR auf Gebiete in Bosnien-Herzegowina ist anzustreben.
3. Die UNPROFOR-Truppen in Kroatien müssen umgehend in den Stand gesetzt werden, ihr Mandat tatsächlich zu erfüllen. Gleichzeitig sollte die Bundesrepublik Deutschland ihren Einfluß geltend machen, um eine Verlängerung des VN-Mandats in Kroatien über Februar 1993 hinaus zu erreichen.
4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich in den Vereinten Nationen dafür einzusetzen, an der Grenze zwischen Serbien und Bosnien-Herzegowina Grenzbeobachter zu stationieren, um die territoriale Integrität von Bosnien-

Herzegowina sicherzustellen und die vollständige Einhaltung des Embargos zu kontrollieren.

5. Im Kosovo muß auf den raschen Beginn von ernsthaften Verhandlungen über den Status der Kosovo-Albaner gedrungen werden. Repressionsmaßnahmen der serbischen Verwaltung, insbesondere in der Schul-, Universitäts- und staatlichen Beschäftigungspolitik sowie im Krankenhauswesen, sind zu verurteilen. Zur Befriedung der Situation sollte sich die Bundesregierung durch nachdrückliche Einflußnahme auf Serbien dafür einsetzen, daß so rasch als möglich ein Kontingent von Blauhelmen als Präventivmaßnahme im Kosovo stationiert werden kann. Auch im Sandjak und in der Wojwodina soll auf die präventive Stationierung von Beobachtern und den Aufbau von Dialogstrukturen gedrängt werden.
6. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich für die rasche diplomatische Anerkennung der Republik Mazedonien (Skopje) und für die Aufnahme dieser Republik in die Vereinten Nationen einzusetzen. Grenzbeobachter der Vereinten Nationen sollen nicht nur an der Grenze zu Serbien, sondern auch an der Grenze zu Griechenland eingesetzt werden.

Bonn, den 22. Januar 1993

Hans-Ulrich Klose und Fraktion